ImstLok

NACHRICHTEN AUS DEM BEZIRK IMST

Dienstag, 23. September 2014 70. Jahrgang | Nummer 262-IM

Opposition ruft nach Staatsanwalt

Die Agrargemeinschaften sorgen für Zündstoff – die Gemeinderäte gerieten in Mieming wegen der Substanzverwalter aneinander.

Von Thomas Ploder

Mieming – Wie in den meisten Gemeinden des Landes fallen auch in Mieming Beschlüsse des Gemeinderates in der überwiegenden Mehrzahl einstimmig – nicht jedoch wenn es um Agrarthemen geht. Insbesondere Gemeinderat Ulrich Stern ortete in der geübten Beschlusspraxis Nachteile für die Gemeinde. Zuletzt erstattete die Opposition Anzeige bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft – das ging Bürgermeister Franz Dengg jetzt doch zu weit. „Damit wird die Grenze des guten Tons deutlich überschritten“, so Dengg, „und die Arbeit des Gemeinderates zu Unrecht kriminalisiert.“

In der letzten Sitzung standen nun die Bestellungen der neuen Substanzverwalter für die Agrargemeinschaft, deren Stellvertreter und der Rechnungsprüfer auf der Tagesordnung – insgesamt ging es also um 28 Funktionen. Weil nach Meinung der vier Oppositionsvertreter die übrigen elf Gemeinderäte wegen eigener Mitgliedschaft, Funktionärstätigkeit oder familiärer Hintergründe wegen Befangenheit als Gemeindevertreter in den Agrargemeinschaften nicht in Frage kommen würden, schlug die Opposition ein „Mieminger Modell“ vor. Bürgermeister Franz Dengg solle – wie seine Amtskollegen in anderen Gemeinden – weiterhin in allen Agrargemeinschaften als Substanzverwalter agieren, wegen des damit verbundenen Arbeitsaufwandes allerdings einen Angestellten zur Abwicklung des Tagesgeschäftes zur Seite gestellt bekommen.

Ein Vorschlag, den die Mehrheit als praxisfern und undurchführbar bewertete. Die vakanten Positionen wurden deshalb nach den vorliegenden Wahlvorschlägen der Mehrheit mit unterschiedlichen Gemeinderäten besetzt. In allen Agrargemeinschaften wurde allerdings der oppositionelle GR Michael Bstieler als Rechnungsprüfer bestellt. GR Ulrich Stern und sein Listenkollege GR Roland Storf wurden bei der Besetzung der Gemeindevertreter in den Agrargemeinschaften nicht berücksichtigt.

Im Zuge der Auswertung der Gespräche mit den Ausschüssen der Agrargemeinschaften beschloss der Gemeinderat weiters, alle Leistungen, die durch die Gemeinde zu erbringen sind und nicht durch eigene Mitarbeiter erfüllt werden können, zu den Sätzen des Maschinenrings abzugelten.

Im Mieminger Gemeinderat entzündete sich die Debatte wieder beim Thema Agrargemeinschaften. Foto: Ploder